
SACHVERSTÄNDIGENRAT
zur Begutachtung der
gesamtwirtschaftlichen Entwicklung



**VIERZIG JAHRE
SACHVERSTÄNDIGENRAT**

1963 – 2003

Perspektiven für die Arbeit des Sachverständigenrates



Foto: Kohms

Dr. Horn:

Ich darf Sie recht herzlich zu dieser Nachmittagspodiumsdiskussion begrüßen. Wir haben uns hier zur Diskussion zusammengefunden über die Perspektiven für die Arbeit des Sachverständigenrates in der Zukunft. Ich darf Ihnen die Panelteilnehmer kurz vorstellen. Ich fange auf der rechten Seite an: Da sehen Sie meinen früheren Chef, Dr. Hans Dietmar Barbier, der auf dem Panel die Funktion des Beobachters einnimmt, der die Wirtschaftspolitik und natürlich auch die Politikberatung über Jahrzehnte hinweg beobachtet und kommentiert hat und insofern eine gute zusammenfassende Sicht sowie Perspektiven für eine Weiterentwicklung der Arbeit des Sachverständigenrates bieten kann. Er ist heute Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung und Kolumnist der FAZ. An seiner Seite sitzt Professor Bruno Frey von der Universität Zürich, sozusagen der Querdenker auf unserem Panel, der gern bekannte Wahrheiten in die andere Richtung „bürstet“ und das wahrscheinlich auch hier tun wird. Zu meiner direkten Rechten: Professor Juergen Donges von der Universität Köln, von 1992 bis 2002 Mitglied im Sachverständigenrat, die letzten zwei Jahre auch als Vorsitzender; er vertritt insofern die Binnensicht. Auf meiner linken Seite Professor Martin Hellwig von der Universität Mannheim. Er ist Vorsitzender der Monopolkommission und insofern sozusagen der institutionelle Rivale oder Komplementärfaktor, wie Sie wollen; beinahe Kiel, wie sie alle sicherlich wissen, jetzt vielleicht bald Bonn, vorläufig aber noch Mannheim; wir verfolgen es mit Spannung. Und ganz links außen – aber das ist jetzt nur im Podiumssinne gemeint, es sei denn, er sieht das anders – Herr Ewald Nowotny von der Europäischen Investitionsbank und Wirtschaftswissenschaftler in Wien.

Wir wollen uns jetzt den Perspektiven widmen. Das kann man auf zwei verschiedene Weisen tun: Erst einmal sollten wir positiv fragen, wohin steuert der Sachverständigenrat, wenn alles so weiter geht wie bisher? Ist das Wort von der „Blütezeit“ der Politikberatung angemessen oder nicht? Und das andere wäre dann, normativ zu fragen: Wohin hätten wir gerne, dass der Sachverständigenrat mit seiner Arbeit steuert? Das heißt, wir fragen nach Verbesserungsmöglichkeiten konzeptioneller und darstellerischer Natur, wie Professor Wiegand gesagt hat. Das soll nicht heißen, dass wir riesengroßen Reformbedarf sehen und alles anders machen wollen. Aber es kann nie schaden, darüber nachzudenken, was vielleicht noch besser sein könnte. Einzelne Punkte, denen wir nachgehen sollten, wären zum Beispiel: das

* Teilnehmer: H. D. Barbier (Ludwig-Erhard-Stiftung), B. S. Frey (Universität Zürich), J. B. Donges (ehemaliger Vorsitzender des Rates), K. Horn (FAZ, Moderation), M. Hellwig (Vorsitzender der Monopolkommission), E. Nowotny (Europäische Investitionsbank)

Risiko der Vereinnahmung des Rates durch die Politik; die Nachhaltigkeit der Beratung, die Herr Tietmeyer in seinem Vortrag angemahnt hat; die Frage einer Trennung des Auftrags des Sachverständigenrates, der sich bisher sowohl an die Öffentlichkeit als auch an die Regierung wenden soll; die Frage, wie das traditionelle Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerticket in der Berufung von Ratsmitgliedern zu sehen ist und ob es nicht längst überfällig wäre, es abzuschaffen. Wir hatten ja vorhin schon darüber diskutiert, aber ich glaube, abschließend war das nicht. Wir sollten noch etwas weitergehen und uns fragen, ob nicht auch „echte“ Ausländer in den Sachverständigenrat berufen werden könnten.

Der Fragen sind viele und ich denke, wir gehen vor wie beim ersten Panel: erst einmal einzelne zusammengefasste Statements, die uns jeder der Podiumsteilnehmer vorträgt, und dann anschließend gemeinsame Diskussion darüber. Herr Barbier, bitte gehen Sie voran.

Dr. Barbier:

Vielen Dank, Frau Horn. Eben tauchte die Frage auf, ob es vielleicht besser wäre, darüber nachzudenken, dass sich der Sachverständigenrat etwas mehr in die Richtung des Konzepts der amerikanischen Regierungsberatung bewegen sollte; also dass er von sich aus aktiv ein Thema aufgreift, von dem er weiß, dass es die jeweilige Regierung gerade berührt und sich damit sozusagen beratend an sie wendet. Davon würde ich nach den bisherigen Erfahrungen des Sachverständigenrates abraten. Mit der Formulierung seines Auftrags und mit der Art und Weise, in dem er seinen Auftrag auffasst, ist der Rat in den vergangenen 40 Jahren eigentlich gut gefahren. Der Rat setzt die Themen je nach seinen Diagnosen und Wertungen, er nimmt aber auch die Themen auf, denen die Politik sich zuwendet. Das ergibt eine gute Mischung aus Eigenständigkeit und so etwas wie einer Auftragsberatung. Wenn also wie jetzt in diesen Wochen und Monaten die Bundesregierung zu erkennen gibt, dass sie – unter der Zielsetzung der Senkung der so genannten Lohnnebenkosten – an einer Reform der Sozialversicherungen interessiert ist, dann liegt es am Rat, sich dieses Themas anzunehmen und ihm all die Perspektiven und Tiefen zu geben, an die vielleicht die jeweils amtierende Bundesregierung gar nicht gedacht hat oder nicht denken wollte, um nicht irgend etwas aufzureißen, was sie lieber bedeckt hält. Der Rat ist also frei sich zu Wort zu melden, sich aktuell in eine Diskussion einzuschalten, ohne dabei aber auf einen konkreten Auftrag zu warten, der ihn möglicherweise einengt. Die Schwierigkeiten einer „Kommission der Berufenen“ wird an der Arbeit der Rürup-Kommission zur Reform des Systems der sozialen Sicherung deutlich. Dem Rat ist dies Schicksal über 40 Jahre hin erspart geblieben. Das deutet darauf hin, dass die Formulierung seines Auftrags und die Auffassung des Rates von seinem Auftrag doch eigentlich gut gelungen sind.

Dr. Horn:

Vielen Dank Herr Barbier. Also, nach Ihrer Ansicht sollte der Sachverständigenrat weiter machen wie bisher. Jetzt bin ich gespannt, ob Professor Frey das auch so sieht. Und insbesondere hätte ich gerne einen Hinweis oder eine Empfehlung zu der Frage, ob die Vorteile des amerikanischen Systems nicht auch sehr stark mit der Art der Institutionalisierung der Leh-

re und mit der Durchlässigkeit zwischen Lehre und Politikberatung zusammenhängen, die vielleicht in Deutschland nicht ganz so gegeben ist – und was man da tun könnte.

Professor Frey:

Ich möchte mich zur Zukunft des Sachverständigenrates äußern und hier sehe ich ein Riesenproblem, weil ich einen ganz großen Gegensatz sehe zwischen dem, was der Sachverständigenrat tut – nämlich im Wesentlichen nationale wirtschaftliche Probleme der Gegenwart anzugehen – und der heutigen Wirtschaftswissenschaft, die etwas vollkommen anderes macht. Als Ergebnis der Internationalisierung ist ein junger Wirtschaftswissenschaftler oder eine junge Wirtschaftswissenschaftlerin nur auf eine Sache konzentriert und das ist eine Publikation in einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift, genauer, in den fünf Besten: *American Economic Review*, *Journal Political Economics*, *Econometrica*, *Quarterly of Journal Economics* und vielleicht noch dem *Economic Journal*. Denn das alleine bestimmt die akademische Laufbahn. Ohne solche Publikationen lässt sich heute in der Wirtschaftswissenschaft keine Karriere machen. Gespräche unter akademischen Ökonomen drehen sich deshalb heute nicht mehr um Sachprobleme. Wenn ich also beim Verein für Socialpolitik bin, redet in informellen Gesprächen keiner über die Arbeitslosigkeit in Deutschland, über das langsame Wachstum, über die Probleme im Osten und die Eingliederung der neuen EU-Mitglieder, sondern man redet nur über ein Thema: Wie komme ich in die Fachzeitschriften rein? Und das bedeutet, dass ein völlig anderer Diskurs entsteht. Der Diskurs ist rein intern und hat wenig mit Problemen der Gegenwart zu tun, sondern vielmehr mit Problemen wissenschaftlicher Modelle, die gerade in Mode sind. Und vielleicht ist das das große Glück des Sachverständigenrates, dass das in den letzten 40 Jahren eben noch nicht so war. Man konnte früher eine wissenschaftliche Karriere mit Beratung verbinden. Das war die „Blütezeit“ der Politikberatung. Und meine Voraussage ist: Die ist endgültig zu Ende! Wir haben in der Zukunft ein riesiges Problem. Wir werden in der Zukunft häufiger erleben, dass Wissenschaftler es ablehnen, Präsidenten von Beratungsinstituten zu werden oder in den Sachverständigenrat zu gehen. Die *Financial Times* Deutschland hat in diesem Zusammenhang von „faulen Professoren“ geschrieben. Dies ist falsch. Es hat nichts mit Faulheit zu tun, sondern mit Karriereproblemen. Was sind mögliche Lösungen? Ich sehe drei: Die Erste wäre eine neue Kategorie von Ökonomen zu schaffen: Policy Scientists oder Engineering-Ökonomen mit völlig neuen Fakultäten. Das wird vermutlich nicht funktionieren. Nach Ansicht der „richtigen“ Ökonomen würden dies dritt- oder viertklassige Ökonomen sein. Zweitens, eine kleine Änderung wäre: eine vollamtliche Mitgliedschaft im Sachverständigenrat für zwei bis drei Jahre und dann zurück an die Universität zu gehen. Das Dritte wäre, als junger Mensch Wissenschaft zu machen und zu publizieren und dann als älterer Mensch in den Sachverständigenrat zu gehen. Das hat natürlich offensichtliche Probleme, solche Leute wären mitunter nicht mehr auf der Höhe wissenschaftlicher Erkenntnisse. Das kann auch nicht die Lösung sein. Auf jeden Fall sehe ich für die Zukunft grundsätzliche Probleme für den Sachverständigenrat.

Dr. Horn:

Hier geht es jetzt also um ein Problem in der Rekrutierung der Mitglieder des Sachverständigenrates. Herr Donges, darf ich Sie kurz einmal übergehen und zuerst einmal auf mei-

ner linken Seite weiter machen? Ich würde nämlich gern Herrn Hellwig, der im Grunde ja direkt angesprochen war, was die Berufung zu Präsidentenämtern angeht, gern fragen: Wie bleibt der Sachverständigenrat, wie bleibt die Politikberatung eigentlich attraktiv? Was muss man machen, dass jemand wie Sie, der auch zu abstrakter theoretischer Forschung neigt, sich auf so etwas einlässt?

Professor Hellwig:

Nachdem mich Graf Lambsdorff vorhin angesprochen hat und dieser Punkt jetzt schon wieder aufgekommen ist: Der Umstand, dass ich Kiel abgelehnt habe, heißt nicht, dass ich Politikberatung für unwichtig halte. Der Umstand, dass ich überhaupt bereit war, mich in Kiel ins Gespräch bringen zu lassen, obwohl ich von meinen Voraussetzungen her dafür absolut nicht prädestiniert bin und obwohl es vorausgesetzt hätte, dass ich meine Tätigkeit zu 100 Prozent verändere, ist vielmehr als Beleg dafür zu sehen, dass ich gerade die Aufgabe in Kiel für außerordentlich bedeutsam hielt. Ich habe abgelehnt, weil ich den Eindruck hatte, die festgefahrenen administrativen Strukturen und Finanzierungsstrukturen ließen kaum Möglichkeiten, hier wirklich etwas zu machen und zu verändern. Damit komme ich gleich zu einer ersten Reaktion auf Herrn Frey: Es ist ja nicht so, dass die wissenschaftliche Politikberatung in den Ländern völlig fehlte, in denen das Publizieren in renommierten Zeitschriften eine längere Tradition hat als in Deutschland. Gerade da gehört es auch bei den wissenschaftlich ambitionierten Ökonomen dazu, dass sie sich wirtschaftspolitisch engagieren. Herr Wiegand hat vorhin eine Reihe von Beispielen genannt, von Arrow bis Mankiw. Das sind alles erstklassige Wissenschaftler, die in den von Herrn Frey genannten Zeitschriften ich weiß nicht wie viel publizierten, den Gang der Wissenschaft beeinflusst haben und gleichzeitig über die praktischen Probleme der Politik nachdachten. Im deutschen Kontext haben wir dagegen eine problematische Dichotomie zwischen akademischer Wissenschaft und Politikberatung. Mein Eindruck ist, dass diese Dichotomie sehr viel mit dem Anspruchsniveau der Nachfrager nach Politikberatung zu tun hat. Ich selbst halte dieses deutsche Modell der Politikberatung international nicht für konkurrenzfähig und hätte insofern für Kiel ein Programm gehabt. Aber dieses Thema hat mit dem Sachverständigenrat nur wenig zu tun. Man sollte die Problematik der Institute von der Problematik des Sachverständigenrates völlig trennen. Insofern war das jetzt nicht mein Statement über den Sachverständigenrat, sondern einfach eine Antwort auf Ihre Frage.

Dr. Horn:

Zum Sachverständigenrat haben Sie bestimmt auch noch etwas zu sagen. Wenn Sie das vielleicht gleich anschließen würden?

Professor Hellwig:

Zunächst eine flapsige Bemerkung: Aus der Perspektive der Monopolkommission ist natürlich die Frage zu prüfen, inwiefern der Sachverständigenrat ein Monopol hat, und wenn er ein Monopol hat, ob es Anlass für eine wettbewerbsrechtliche Missbrauchsaufsicht gäbe. Ich kann zumindest für meine Person sagen, dass ich einen solchen Anlass nicht sehe. Es sei

denn, der Sachverständigenrat finge an, sich zu Fragen der Wettbewerbspolitik zu äußern, dann müsste die Monopolkommission ernsthaft prüfen, ob nicht der Versuch eines Verdrängungsmissbrauchs vorliegt.

Etwas ernsthafter zum Thema: Was brauchen wir eigentlich in Deutschland? Woran fehlt es? Ich arbeite im Augenblick in einer Studiengruppe des Präsidenten der Europäischen Kommission mit zum Thema Wachstum, Stabilität und Zusammenhalt in Europa. Wir sorgen uns um den Befund, dass ein Vergleich von Wachstumsraten in Europa und den USA in den neunziger Jahren und auch vorher schon dramatisch zum Nachteil von Europa ausfällt, innerhalb von Europa übrigens dramatisch zum Nachteil von Deutschland. Diesen Punkt können wir nicht einfach bei den gängigen Themen Arbeitslosigkeit, Rentenprobleme, etc. abbuchen, sondern wir müssen unmittelbar fragen: Warum ist die Wachstumsdynamik in Europa insgesamt und vor allem in diesem Land so niedrig? Anlässlich einer Sitzung dieser Gruppe mit einem hochrangigen französischen Beamten fragte dieser: Was wollen Sie eigentlich? Die Bürger wollen doch gar kein Wachstum; sie wollen doch vor allem Sicherheit und Freizeit! Das untermauerte er mit französischen Beispielen. Er fuhr dann fort: Wenn Sie daran etwas ändern wollen – und dies betrifft wieder den Sachverständigenrat – dann müssen Sie Propaganda machen. Man sollte im Prinzip jedem akademischen Ökonomen die Pflicht auferlegen, einmal im Monat einen Tag Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Überlegen wir einmal dasselbe für Deutschland: Die Agenda 2010 ist unpopulär. Warum? Weil sie Besitzstände bedroht, weil sie die Leute beunruhigt. Die jüngsten Landtagswahlen sind für die SPD nicht verloren gegangen, weil es zu wenig Reformen gibt, sondern weil die Reformankündigungen selbst die traditionelle Wählerschaft der SPD entmutigt hatten – ähnliches galt übrigens schon für die Landtagswahlen des Jahres 1999. In solch einer Situation kommt die andere große Volkspartei und versucht – Herr Eichel hat dies für die Episode der Rentenreform heute früh skizziert – die Ankündigung einer Reformpolitik durch die Bundesregierung zu nutzen, um den Bundeskanzler links zu überholen. Bei der Frage „was wollen die Leute eigentlich?“ sind wir übrigens auch bei einem Thema von Herrn Sievert heute früh, nämlich der Suhrkamp-Gemeinde, die sich bestimmte Formen staatlicher Förderung von Idylle als Idealbild vorstellt. Wer daran rührt, steht in der Kritik.

Das Problem liegt aber noch tiefer. Herr Hundt hat heute früh die Formulierung gebraucht: „Die vielen Insolvenzen heute betreffen nicht mehr nur die neuen Unternehmen, die den Anschluss nicht finden, sondern auch die alt eingewachsenen, erfolgreichen Unternehmen.“ Ich finde es bemerkenswert, dass der Vertreter der Arbeitgeberverbände eine solche Unterscheidung zwischen neuen und alt eingewachsenen Unternehmen macht. Hier steckt implizit die Idee darin, dass es nicht ganz legitim ist, wenn man neu als Unternehmer tätig wird. Solange diese Idee unser Denken beherrscht, wird unsere Wachstumsdynamik hinter der von anderen Ländern zurückbleiben. Ich erinnere mich im Jahr 2000 ein Interview mit Herrn Schmidt von Mobilcom gelesen zu haben, das stand unter dem Tenor: „Der zeigt, dass man selbständig sein darf und dass man damit ganz hoch kommen kann.“ Heute ist vielleicht mancher beruhigt, dass dieser Herr Schmidt am Ende doch nicht so erfolgreich war und dass sich im nachhinein der Verdacht, dass jemand, der von außen in unser System hereinkommt, nicht ganz echt sein könnte, wieder einmal bestätigt hat. Zum Thema Alteingesessenen versus

neu, legitim versus illegitim: Die frühere Berliner Handelsgesellschaft, in deren Gebäude wir hier tagen, hat als einzige Bank die „Bankenkrise 1931“ ohne staatliche Hilfe überstanden. Die Großbanken wurden durch den Staat saniert. Und als die Berliner Handelsgesellschaft beziehungsweise die BHF-Bank als Rechtsnachfolgerin nach dem Kriege prozessierte, weil sie durch die verschiedenen Staatseingriffe von 1931 bis 1948 schlechter behandelt worden war als die Großbanken, wurde ihr von den Gerichten gesagt: Wenn der Staat die Großbanken bevorzugt, ist das euer Problem, da gibt es keinen Anspruch etwa auf Herabsetzung der nach dem Krieg festgesetzten Belastungen. Diese Beispiele betreffen unmittelbar das Thema „Wachstumsschwäche“. Die Grundhaltung des Infragestellens von Außenseitern, die etwas Neues versuchen, und die Privilegierung auserwählter, insbesondere alteingesessener Institutionen beeinträchtigen die Wachstumsdynamik. Um Wachstumsdynamik zu erzeugen, braucht man eine Gesellschaft, in der die Realisierung einer neuen Idee nicht davon abhängt, ob der Initiator durch alteingesessene Institutionen legitimiert wird. Gegenüber dem Fundamentalkonservatismus der Formulierung von Herrn Hundt wie auch der von Herrn Sievert beschworenen Suhrkamp-Gemeinde ist hier eine sehr aktive Öffentlichkeitsarbeit der Ökonomen – innerhalb und außerhalb der wissenschaftlichen Politikberatung – gefordert. Gerade hier hat der Sachverständigenrat auch eine sehr gute Tradition, eine Art „Advokaturfunktion“ die beibehalten werden muss. Heute früh ist gesagt worden: Der Sachverständigenrat dient der Versachlichung. Graf Lambsdorff hat darauf hingewiesen, dass auch die teilweise politisch bedingten Neubesetzungen an dieser Rolle wenig geändert haben. Das spricht meines Erachtens für die Professionalität nicht nur des Sachverständigenrates, sondern auch der wissenschaftlichen Disziplin, der wir angehören.

Zuletzt noch eine Bemerkung zum „pathologischen Lernen“, über das heute früh gesprochen wurde: Damit man die Politik dazu bekommt, dass sie sich um ein Thema kümmert, braucht man Notlagen! Jedoch haben die Notlagen, die man als Aufhänger benutzt nicht immer mit dem Problem zu tun, das man daran aufhängt. Nehmen wir als Beispiel die Rentenproblematik. Wie oft hat man kurzfristige Finanzierungsprobleme zum Anlass genommen, um Aufmerksamkeit zu wecken für die Probleme der langfristigen demographischen Entwicklung? Wie oft hat man kurzfristige Beschäftigungsprobleme, Konjunkturprobleme, Haushaltsprobleme argumentativ verknüpft, mit strukturellen Problemen, die man schon lange behandelt sehen wollte? Hier liegt ein grundlegendes Dilemma auch für den Sachverständigenrat: Einerseits kann er eigentlich nur Aufmerksamkeit erregen, wenn die Notlage groß genug ist, dass die Politik bereit ist zuzuhören. Andererseits sind die Probleme, auf die er verweisen will, möglicherweise viel längerfristiger Natur, als das, was gerade Anlass zur Diskussion gibt. Die Diskrepanz schafft spätestens dann ein Glaubwürdigkeitsproblem, wenn die kurzfristige Notlage verschwindet, zum Beispiel weil die Konjunktur wieder hinaufgeht, ohne dass die langfristigen Probleme wirklich gelöst wären.

Dr. Horn:

Vielen Dank, Professor Hellwig. Also, der Sachverständigenrat als ein Gremium, das eine Advokaturfunktion erfüllt. Das geht so ein bisschen mehr in die Richtung dessen, was der Kanzler heute morgen gesagt hat. Der Kanzler hat das durchaus lobend gemeint: dass der

Sachverständigenrat ihm häufig für seine Reformprojekte auch den Rücken stärkt, in dem er ihm Argumente gibt, ihn begleitet, in die Medien trägt und parteiintern – so glaube ich – manches damit erleichtert. Professor Donges, wie vermeidet man in dieser Rolle die Vereinnahmung durch die Politik?

Professor Donges:

Eine aus meiner Sicht unverzichtbare Bedingung ist, was Herr Barbier eben schon einmal sagte, dass man das Gremium in seiner Unabhängigkeit belässt. Anders könnte der gestellte Auftrag – auf eine rationale Wirtschaftspolitik hinzuwirken – gar nicht ordentlich erfüllt werden. Einen absoluten Schutz gegen Versuche der Vereinnahmung durch die Politik ist damit allerdings nicht gegeben. Wir haben im Sachverständigenrat, Herr Hax erinnert sich daran und andere hier im Raum auch, einmal erlebt, wohin das führt, wenn die Politik keine Kraft mehr aufbringt, eine wichtige Entscheidung zu treffen. Das war Mitte der neunziger Jahre im Zusammenhang mit der Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung im Rahmen eines umlagefinanzierten Systems, bei der die Frage zu klären war, wie den Arbeitgebern ein Anstieg der gesetzlichen Lohnnebenkosten zu ersparen sei. Da die Koalitionsparteien im Deutschen Bundestag, CDU/CSU und FDP, sich nicht darüber verständigen konnten, ob es zur Kompensation des Arbeitgeberbeitrages ein oder zwei Feiertage im Kalenderjahr weniger geben sollte, fiel irgendeinem Abgeordneten ein: Fragen wir doch den Sachverständigenrat! Wir haben uns zuerst gewehrt, weil es nun einmal sehr bedenklich ist, als unabhängiges Gremium in tagespolitische Entscheidungen hineingezogen zu werden³⁰, aber als die Bundesregierung den Sachverständigenrat trotzdem zu einer gutachterlichen Stellungnahme aufforderte, hat sie diese natürlich bekommen.³¹

Man muss wirklich aufpassen, dass der Rat nicht in eine Verantwortung gedrängt wird, die er gar nicht wahrnehmen kann. Das passt auch nicht zu der Assignment-Vorstellung, von der Herr Issing heute morgen sprach. Das Gute an dem deutschen Sachverständigenrats-Modell im Vergleich zu der amerikanischen oder französischen Variante, die uns Herr Wiegand vorgetragen hat, ist, dass getrennt wird zwischen freier Wissenschaft und der Vermittlung von Erkenntnissen daraus einerseits und einer dem Parlament verantwortlichen Wirtschaftspolitik andererseits. Damit wird der Rat auch seinem gesetzlichen Auftrag gerecht, die Urteilsbildung in der Öffentlichkeit zu erleichtern. Die Öffentlichkeit muss irgendwie erkennen können, wann Politik anders handelt, als sie eigentlich handeln sollte, wenn man dem wissenschaftlichen Rat folgte. Natürlich wissen wir alle, dass Wirtschaftspolitik nicht im luftleeren Raum betrieben wird und dass sie sich in einer pluralistischen Gesellschaft dem weitgefächerten Meinungsspektrum stellen muss. Die Frage ist aber, ob wir Wege finden – Herr Hellwig hat eben schon so etwas angedeutet –, wie man pathologische Lernprozesse verkürzen kann. Ich persönlich setze da sehr auf „externe Schocks“: Globalisierung, Exitvarianten im Sinne von Hirschmann (auswandern) oder das Abtauchen in die Schattenwirtschaft. Aber es wird Einiiges übrig bleiben an pathologischem Lernen in Politik und Gesellschaft. Um so wichtiger ist, dass der Sachverständigenrat einen langen Atem, ein dickes Fell hat, immer wieder nachstößt,

³⁰ Vgl. Sondergutachten vom 18. März 1994, Ziffern 17 f.

³¹ Sondergutachten vom 2. Juli 1995.

damit im Fall einer Notlage, von der Herr Hellwig eben sprach, bei der dann die Politik wirklich handeln will, über den einzuschlagenden Weg vorgedacht worden ist. Das ist genau im letzten Jahresgutachten geschehen mit dem Zwanzig-Punkte-Programm für mehr Beschäftigung und Wachstum, Empfehlungsverbot hin oder her.

Dem Problem von Herrn Frey – das war maßlos übertrieben, nebenbei bemerkt – wird vom Sachverständigenrat in einer anderen Form seit einigen Jahren Rechnung getragen. Seit dem Jahresgutachten 1999/2000 folgt der Rat der international üblichen Arbeitsweise, zum Beispiel der beim Internationalen Währungsfonds und der OECD, aus gegebenem Anlass, vor allem bei wissenschaftlich kontroversen Diskussionen über wirtschaftspolitisch relevante Themen, vertiefende Spezialanalysen durchzuführen und zu veröffentlichen. Ich rate dringend, weiterhin so zu verfahren. Politiker und Verbandsfunktionäre, die nicht in Wirtschaftstheorie und empirischen Forschungsmethoden ausgebildet sind, müssen das nicht alles verstehen wollen. Aber sie müssen die Gewissheit haben dürfen, dass die dargestellten Ergebnisse auf einer wissenschaftlich soliden Grundlage stehen. Dafür bürgt die Fachkritik, das ist die beste Kontrolle überhaupt, die es gibt.

Dann darf ich noch etwas zum „Darstellerischen“ sagen, da Sie, Frau Horn, eingangs auch danach gefragt haben. Zwei Aspekte sind es, von denen ich meine, dass sie künftig doch eine stärkere Rolle spielen müssen. Erstens: Die ganze Geschichte mit den Konjunkturprognosen. Alle, die wir im Rat waren, haben uns immer ein bisschen gewundert, welche hohe Aufmerksamkeit die Prognose bekommt, auch in der FAZ. Wir hielten das eigentlich immer für etwas Nachrangiges. Jedenfalls sind gerade in diesem Bereich die Grenzen der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung sehr eng gezogen. Niemand hat Zukunftswissen. Die quantifizierten Angaben besagen nur, dass konsistent gerechnet wurde. Auch wenn für die erwartete Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts eine Zahl steht: 1 Prozent, 0,75 Prozent, 0,5 Prozent, so handelt es sich stets um bedingte Wahrscheinlichkeitsaussagen. Bedingte Wahrscheinlichkeitsaussagen haben nun einmal das methodische Problem, dass die Prognosen, die sich daraus ergeben, sofort ihren Wert verlieren, sobald neue Informationen auf den Markt kommen; ein Ölpreisschock, ein unerwarteter Lohnkostendruck oder eine plötzliche Finanzkrise. Dann machen alle wirtschaftspolitisch Handelnden, die ihre eigenen Strategien auf der Sachverständigenrats-Prognose gegründet haben, zum Beispiel die Haushaltspolitiker, die Tarifvertragsparteien und die Sozialversicherungen, die Erfahrung, im Lichte der aktuellen Entwicklung Fehlentscheidungen getroffen zu haben. Dann hagelt es Vorwürfe gegen den Sachverständigenrat.

Was kann man tun? Es wäre zu überlegen, ob man die Kommunikation mit der Öffentlichkeit nicht ausbauen sollte, gerade an dieser Stelle. Man muss sich wohl häufiger äußern und die Konjunkturprognose fortschreiben. Die großen Wirtschaftsforschungsinstitute machen das nicht nur zweimal im Jahr in der Gemeinschaftsdiagnose, sondern jedes Institut präsentiert auch noch einmal vierteljährlich eine eigene Prognose. Das hat den Vorteil, dass man relativ aktuell mit der tatsächlichen Entwicklung marschiert. Es geht nicht nur einmal im Jahr. Ich weiß, das ist alles sehr schwierig, aber irgendwie ist das ein Punkt von der darstellerischen Art, wo ich meine, dass man da weiterkommen kann.

Der zweite Aspekt hängt mit der Bildung der Europäischen Währungsunion zusammen. Viele Politiker und Verbandsfunktionäre, ja auch mancher Ökonom in einem Forschungsinstitut, tun sich schwer mit dem Umstand, dass Deutschland eine Teilregion des Euro-Raums ist. Hier wird immer noch in der Richtung diskutiert: Wir müssen die Zinsen senken, um der deutschen Konjunktur auf die Beine zu helfen; wir müssen eine größere öffentliche Neuverschuldung machen, um die Binnennachfrage zu stimulieren, so als gäbe es keine Europäische Zentralbank und keinen Europäischen Stabilitätspakt. Das heißt für die Gutachten des Sachverständigenrates, gerade im Konjunkturteil, aber bei der Beurteilung der Geldpolitik und der Finanzpolitik muss sehr viel stärker die europäische Dimension einbezogen werden. Mit der europäischen Währungsunion haben sich die Rahmendaten für die Politikberatung geändert. Namentlich in der Geldpolitik ist dem Rat der „geborene“ Adressat verloren gegangen: Die Bundesbank gibt es zwar immer noch, sie macht aber keine Geldpolitik mehr, jedenfalls keine für Deutschland und das ist insofern historisch eine Besonderheit, weil ja gerade die Geldpolitik immer eine sehr große Rolle gespielt hat im Zusammenhang mit dem Stabilitätsziel, für das sich der Sachverständigenrat so stark ausgesprochen hat.

Das Gleiche gilt dann auch bei der Darstellung und Bewertung der Außenhandelsströme. Auf Dauer kann es nicht dabei bleiben, dass wir immer noch die Exporte und Importe nach Frankreich als Exporte und Importe im konventionellen Sinne bezeichnen; und entsprechend auch den Außenbeitrag. Das sind jetzt Binnenmarktbeziehungen, wie die zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen. Der Sachverständigenrat sollte das außenwirtschaftliche Geschehen als Entwicklung in der Arbeitsteilung mit Drittstaaten analysieren. Dann relativiert sich auch für die Politik das Bild, Deutschland sei Exportweltmeister und daher könne die Lage doch gar nicht so schlimm sein.

Dr. Horn:

Ich möchte mich einmal auf den Punkt konzentrieren, Konjunkturprognosen auszubauen, häufiger zu publizieren, diese auch mehr und besser zu kommunizieren. Herr Professor Nowotny, hieße das nicht, den „Teufel mit Beelzebub“ auszutreiben? Geht es nicht gerade darum, dass man die Öffentlichkeit nicht in ihrer Zahlengläubigkeit noch unterstützen sollte, sondern inhaltlich noch mehr erklären müsste? Läge vielleicht nicht darin die primäre Aufgabe?

Professor Nowotny:

Frau Horn, für diese Frage sind Sie eigentlich die Expertin, weil Sie wissen, wie man in den Medien arbeitet. Ich würde lieber den zweiten Teil von dem aufnehmen, was Herr Donges berührt hat. Die Frage der Relevanz und der Rolle der EU-Einbindung Deutschlands, weil ich das für einen sehr wesentlichen Punkt halte.

Zunächst einmal: Welche Art der Politikberatung gibt es auf europäischer Ebene? Das ist eine Mischung zwischen den beiden Systemen, die vorhin Herr Wiegand dargestellt hat. Es gibt einerseits die Gruppe der Policy Advisers, die als Berater der EU-Kommission tätig sind. Dieses Gremium ist in seiner Tätigkeit unabhängiger als die High Level Study Group, wo Herr

Hellwig Mitglied ist und die direkt von Präsident Prodi als Beratungsgremium eingesetzt wurde. Wobei ich persönlich glaube, der Unterschied zwischen eingesetzter Gruppe und unabhängiger Gruppe ist in der Praxis wahrscheinlich gar nicht so gravierend, solange es sich um Ökonominnen und Ökonomen handelt, die einen Ruf zu verlieren haben. Wenn es Leute mit Qualität sind, so ist es auch bei einer eingesetzten Gruppe so: Wenn mir die Sache nicht passt, trete ich zurück. Zum Beispiel hat Martin Feldstein das damals als Vorsitzender des Council of Economic Advisers bewiesen. Das heißt, es bestehen zwar formale Unterschiede, diese sind aber in der Realität – glaube ich – nicht so gravierend.

Was die Frage betrifft, inwieweit europäische Aspekte in der Arbeit des Sachverständigenrates berücksichtigt werden sollen, so würde ich mich voll dem anschließen, was Herr Donges gesagt hat. Wir müssen in stärkerem Maße als bisher die einzelnen Staaten Europas als wirtschaftliche Teilregionen des großen Wirtschaftsraumes EU betrachten. Das gilt selbst für eine so große Volkswirtschaft wie Deutschland. Bei aller Problematik von Vergleichen könnte man die Rolle Deutschlands in der europäischen Wirtschaftspolitik etwa mit der Rolle Kaliforniens in der US-Wirtschaft vergleichen. In beiden Fällen handelt es sich um große regionale Ökonomien ohne eigene Geldpolitik, ohne eigene Außenhandelspolitik, ohne eigene Wettbewerbspolitik – wobei natürlich auch erhebliche Unterschiede bestehen, nicht zuletzt in der Lage der öffentlichen Finanzen, die in Deutschland trotz allem vergleichsweise wesentlich besser ist.

Die Frage ist jetzt: Wie ist diese Sicht Deutschlands als europäische Regionalökonomie in der Arbeit des Sachverständigenrates behandelt und berücksichtigt worden? Und da scheint es mir noch einen gewissen Nachholbedarf zu geben. Um ein sehr triviales Indiz anzuführen: Wenn man sich das jüngste Jahresgutachten vornimmt, dann hat es insgesamt 560 Seiten, von denen nur rund 60 Seiten speziell europäische Themen behandeln und dort natürlich vor allem Fragen der Geldpolitik. Das ist zwar sehr trivial und man kann argumentieren, dass die spezifischen Probleme, die Deutschland derzeit besonders beschäftigen, Probleme sind, für die es keine europäische Kompetenz gibt, wie eben institutionelle Fragen des Arbeitsmarktes, der Sozialen Sicherungssysteme. Da ist es sicher sinnvoll, sich hier speziell auf die deutsche Problematik zu konzentrieren.

Aber ich glaube doch, dass die Bereiche, für die eine europäische Kompetenz der Wirtschaftspolitik gegeben ist, Bereiche sind, die für den Sachverständigenrat eine interessante Herausforderung darstellen und wo es auch darum geht, über die deutsche Bundesregierung auf die Meinungsbildung in der EU einzuwirken; ebenso auch auf die deutsche Öffentlichkeit, weil Deutschland die größte wirtschaftliche und politische Macht innerhalb der EU ist. Denn die Meinungsbildung in Deutschland zu europäischen Fragen ist von erheblicher Bedeutung für die Meinungsbildung in der EU. Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass es hier eine breite Diskussion gibt. Für viele Fragen der europäischen Wirtschaftspolitik ist die deutsche Position die der deutschen Ministerialbürokraten, die dort vertreten sind. Wie sie zu dieser Position kommen, ist eigentlich nicht immer ganz klar. Dazu kommt, dass sich in der EU für die einzelnen Bereiche, die einzelnen Generaldirektionen, eigene Kulturen entwickelt haben. Eine eigene Kultur der Wettbewerbspolitiker, der Regionalpolitiker, der Technologiepolitiker. Hier zu versuchen, eine Gesamtsicht einzubringen, ist – meine ich – eine Rolle, die einerseits Beratungs-

gremien auf der EU-Ebene zusteht, ebenso aber auch der Ebene des wichtigsten Mitgliedlandes der EU. Ich denke, diese Aufgabe sollte noch verstärkt in die Arbeit des Sachverständigenrates eingehen. Wenn ich noch weitere Hinweise für entsprechende Fragestellungen geben darf: Etwa die deutschen Positionen im Zusammenhang mit der WTO, mit der damit verbundenen Agrarproblematik; die BASEL II Diskussion, die ja dann übertragen werden muss auf europäische Richtlinien; ebenso auch die Frage der Fusionskontrolle, natürlich auch die Frage der Arbeitsmobilität etwa gegenüber den neuen Mitgliedsstaaten. Hier gibt es eine Fülle von Bereichen, die unmittelbare Wirkungen auf die nationale Ökonomie haben, die aber nicht mehr in der nationalen Ökonomie entschieden werden können.

Ich meine, dass der Sachverständigenrat vielfach in seiner Arbeit diesen Herausforderungen entspricht. Ich meine aber auch, dass diese „europäische Komponente“ des deutschen Sachverständigenrates an Bedeutung zunehmen wird. Ich glaube übrigens auch, dass dies eine bedeutende Rolle ist, die nicht nur wirtschaftspolitisch wichtig ist, sondern die auch eine intellektuelle und wissenschaftliche Herausforderung darstellt. Es geht hier darum, aus der Sicht der Wirtschaftswissenschaft komplexe wirtschaftspolitische Zusammenhänge möglichst objektiv so zu analysieren, dass sich für die Politik daraus Handlungsperspektiven ableiten lassen. Ich meine, dies ist genau die Art von Herausforderung, die der deutsche Sachverständigenrat gerne hat und die er auch erfolgreich bewältigen kann.

Dr. Horn:

Wir steigen jetzt in unsere zweite Runde ein, in die Diskussions- und Nachfragerunde, und danach nehme ich gerne auch noch Fragen aus dem Publikum entgegen. Ich möchte hier noch einen Punkt vertiefen, der für mein Dafürhalten noch nicht genug behandelt worden ist, und das sind die öffentliche Darstellung des Sachverständigenrates nach außen und die Kommunikationsaktivitäten. Ich denke, die Unterrichtung und Aufklärung der Öffentlichkeit könnte noch erheblich ausgebaut werden. Und so frage ich den Publizisten hier in der Runde, was er davon hält, Herr Barbier.

Dr. Barbier:

Ich denke, Frau Horn, wir beide sind uns einig: Öffentlichkeit für das Relevante zu schaffen, ist die zentrale Aufgabe einer guten Zeitung. Ich will die Kritik von Herrn Donges, die er ja auch ausdrücklich auf unsere Zeitung gemünzt hat, aufnehmen. Er hat ja nicht Unrecht: auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung ist nicht gegen die Versuchung gefeit, die Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung in den Vordergrund ihrer Berichterstattung über das Jahresgutachten zu rücken. Gerechtfertigt ist das dann, wenn die Zahlen eine Überraschung transportieren. Nicht gerechtfertigt ist es, wenn die Zahlen zu erwarten waren, und wenn der Wert des Gutachtens im Konzeptionellen liegt – in der Analyse der Fehlentwicklungen, in den Vorschlägen für eine ordnungspolitisch überzeugende Remedur. Im Wirtschaftsteil haben wir diese Priorität immer so gesetzt. „Vorne“ – da also, wo sich das Blatt im Medienwettbewerb fühlt, sah und sieht das manchmal anders aus.

Ich meine aber – nun nicht nur von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu sprechen – über die Jahre hin einen positiven Einfluss des Rates auf die Qualität der Berichterstattung über den Rat beobachten zu können. Die Zeitungen, so scheint mir, haben vom Rat gelernt, das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden. Ich glaube, heutzutage spielen diese Zahlen aufgrund einer Inflationierung von Diagnosen und Prognosen nicht mehr die entscheidende Rolle. So fällt zum Beispiel auf, dass die „Zwanzig Punkte“ – die Reformagenda des Rates in seinem Jahregutachten 2002/03 – ein erstaunlich hohes Maß an Aufmerksamkeit gefunden haben.

Die Sachverständigen sind ja auch mit Einzelbeiträgen in führenden Zeitungen präsent. Bei einer Zeitung heißt es „Standpunkt“, bei der anderen heißt es „Zur Sache“. Da kommt es dann auch der Sache der Ökonomie zugute, dass sich heutzutage viele gute Ökonomen leichter tun, ihre Gedanken in allgemeinverständlicher Weise zu formulieren. Auch dabei kann man – selbstverständlich – seine Qualitätsmaßstäbe wahren. Ich denke, es muss einem Ratsmitglied erlaubt bleiben, sich zu weigern, eine komplette Reformagenda in 30 Sekunden vor einer Fernsehkamera abzuliefern. So etwas braucht seinen Platz. Dafür sind dann eben die Qualitätszeitungen da.

Dr. Horn:

Wirtschaftliche Zusammenhänge sind schwer zu erklären, das wissen wir. Ich denke aber, gerade daran sollte man vielleicht anknüpfen und nicht nur sagen, das sei schwer zu beheben. Sondern man muss sich fragen: Kann der Rat da auch nicht selbst was tun? Hat er nicht eine „Bringschuld“? Ich könnte mir vorstellen, dass der Sachverständigenrat auch selbst mit einer Art „Newsletter“ die Öffentlichkeit häufiger und regelmäßiger informiert oder eine Internetpräsenz aufbaut, wo kurze Standpunkte zu präzisen Fragen häufiger vermittelt werden, so dass regelmäßig eine Art Bildungsfunktion gegenüber der Bevölkerung ausgeübt wird. Denn die schielt nur deshalb so sehr auf Zahlen, weil alles andere zu komplex ist. Ich gebe die Frage einmal an Herrn Donges weiter.

Professor Donges:

Der Sachverständigenrat sollte oder könnte sich überlegen, ob er nicht direkter über die Medien wirken kann. Intelligente Aufklärungsarbeit betreiben ist ganz, ganz wichtig, nicht zuletzt, um im öffentlichen Diskurs die Funktionsbedingungen der marktwirtschaftlichen Ordnung und die Bedeutung von weiten Zeithorizonten in der Wirtschaftspolitik bewusst zu machen. Das Internet bietet sich geradezu an, heute arbeitet jeder mit diesem Medium.

Wir haben das – Herr Wiegand, Sie hatten sich dafür stark gemacht – erstmals bei einem schwierigen Thema probiert, als wir vor zwei Jahren so hoffnungsfroh waren, man könnte in Deutschland den Länderfinanzausgleich ordentlich reformieren. Wir haben mit umfangreichen Rechnungen versucht, zu zeigen, wie man es machen muss, damit die Sache anreiztheoretisch sauber ist. Dann haben wir das Ganze ins Internet gestellt. Interessant war die Reaktion, die man hier und da gehört hat, vor allem aus wissenschaftlichen Kreisen. Die lief nämlich nach dem gleichen „Strickmuster“, wie bei dem berühmten „Empfehlungsverbot“, nämlich:

Das geht nicht! oder: Im Gesetz steht, der Sachverständigenrat äußert sich nur durch seine Gutachten! Ich finde, so eine Art von „Gesetzesuntreue“ sollte bedenkenlos in Kauf genommen werden. Das Schöne beim Internet ist auch, man muss nicht lange Texte schreiben, und kann die Aufmerksamkeit sofort auf das Wesentliche lenken.

Natürlich ist das nicht vergleichbar mit einem Beitrag in einer akademischen Fachzeitschrift. Aber der Wissenschaftler hat nach meinem Dafürhalten in einem Land wie Deutschland, in dem die Forschung vom Steuerzahler finanziert wird, eine Art „Bringschuld“ gegenüber der Gesellschaft, die erfahren möchte, welche Antworten auf anstehende wirtschaftspolitische Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, wie die Wiedergewinnung von Wirtschaftsdynamik und Vollbeschäftigung in Zeiten der Globalisierung oder die Modernisierung der Sozialversicherungen unter den veränderten demographischen Bedingungen, die Wirtschaftswissenschaft bereithält. Ich hoffe, der Sachverständigenrat bleibt hier unter den Vorreitern. Und wenn die von Herrn Frey erwähnten jungen Forscher meinen, ihre Selbstverwirklichung allein durch Publikationen in den führenden Fachzeitschriften zu suchen, ohne sich mit den realen Problemen dieser Welt zu befassen, dann ist das, gelinde gesagt, erstaunlich.

Es beruhigt mich jedenfalls, dass Herr Hellwig als Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik darauf achtet, dass auf den Jahrestagungen nicht der Elfenbeinturm dominiert.

Dr. Horn:

Ich gebe gleich weiter an Herrn Hellwig, Herr Frey bitte danach.

Professor Hellwig:

Zunächst: Natürlich hat es bei den letzten beiden Jahrestagungen des Vereins für Socialpolitik Veranstaltungen gegeben, die sich mit realen Problemen befassen, darunter auch ein Panel zur Arbeitslosigkeit. Es ist meines Erachtens selbstverständlich und ich habe auch den Eindruck, dass bei den Einreichungen der jungen Leute einiges an Material dabei ist. Herr Weber, der in der Programm-Kommission für die nächste Tagung ist, hat mir eben gesagt, dass es gerade im Bereich Makroökonomie – für die er zuständig war – eine sehr große Zahl von Einreichungen gab. Also ist die Aussage, es befasst sich niemand von den jungen Leuten mit Arbeitslosigkeit oder es gibt keine Veranstaltung dazu, schlicht und einfach falsch.

Bei der Frage, wie man mehr in die Öffentlichkeit kommt, haben wir einen echten Konflikt. Auf der einen Seite brauchen wir das natürlich ziemlich genau in dem Sinn, in dem ich vorhin von einer Advokaturfunktion des Sachverständigenrates gesprochen habe. Auf der anderen Seite hat auch bei einem Sachverständigenratsmitglied und auch bei einem Monopolkommissionsmitglied der Tag nur 24 Stunden. Man hat aber auch noch einen Hauptberuf. Man darf nicht vergessen, die Mitgliedschaft sowohl im Sachverständigenrat als auch in der Monopolkommission ist ein Nebenberuf, der auch als solcher entlohnt wird. Wenn diese Tätigkeit zu einem Vollzeitjob würde, dann müsste man dies auch mit den jeweiligen Arbeitgebern so arrangieren.

Beim Punkt „Öffentlichkeitsarbeit“ möchte ich noch eine weitere Frage aufwerfen, die betrifft einiges von dem, was Herr Barbier gesagt hat: Liegt das Problem nicht teilweise daran, dass die Medien weniger Informationen verkaufen als vielmehr Unterhaltung? Ich will ein konkretes Beispiel nennen: In den letzten Januar-Tagen konnte man täglich in der Zeitung über die Verhandlungen von e.on mit den Klägern im e.on/Ruhrgas-Verfahren lesen. Dabei las man in Zeitungen wie der FTD und der FAZ Überschriften wie: Schafft e.on es noch?, e.on kurz vor der Ziellinie!, e.on/Ruhrgas-Fusion auf der Kippe! Mit solchen Formulierungen wird Spannung erzeugt und Spannung unterhält natürlich. In der Art, wie die Spannung erzeugt wird, wird aber das positive Ergebnis implizit positiv gewertet. Und das – ich habe jetzt bewusst diese beiden Zeitungen genannt – in zwei Medien, die in ihrer redaktionellen Richtung eigentlich genau dagegen waren. Die Überschriften dienen der Unterhaltung und dem Verkauf, aber die inhaltliche Wertung wird dadurch umgekehrt.

Völlig analog verhält es sich bei der Diskussion zur Agenda 2010. Welches Verhältnis besteht in den Medien zwischen einer Sachauseinandersetzung um die Themen, um die es geht, und, wie soll ich sagen, der Personalisierung des Problems: Schafft Schröder es, sich in der SPD durchzusetzen? Diese tägliche Berichterstattung über tatsächliche oder vermeintliche Machtkämpfe ist ja viel interessanter. Die Zahlen, Herr Barbier, sind die Zahlen nicht auch deshalb so interessant, weil man über sie quasi in der Art der Sportberichterstattung schreiben kann, bei den Wachstumsprognosen wie bei der Börsenberichterstattung? Wo liegt der Unterschied zwischen der Frage: „Schafft der DAX die Dreitausend?“ und der Frage: „Wird Bayern Meister?“ Vielleicht ist es kein Zufall, dass in der FAZ Sportteil und Börsenteil in einem Teil zusammen sind. Es gibt eben gewisse Affinitäten bei der Berichterstattung, die sich allerdings nicht auf die FAZ beschränken. Börsenberichterstattung nach Art der Sportberichterstattung dient der Unterhaltung der vielen Anleger, die Aktien haben und gerne solche Sprüche lesen. Aber mit Information hat das nichts zu tun.

Dr. Horn:

Ich habe als nächsten auf meiner Liste Herrn Professor Frey, der sich direkt zu diesen „Angriffen“ äußern sollte.

Professor Frey:

Offenbar haben meine Aussagen meine Kollegen so erregt, dass sie nicht genau zugehört haben. Ich habe nie behauptet, dass in den Veranstaltungen des Vereins für Socialpolitik nicht alle möglichen schönen Themen diskutiert werden. Selbstverständlich ist das der Fall. Ich habe ausdrücklich gesagt: Im privaten Gespräch zeigen sich junge Akademiker vor allem daran interessiert, ob sie ihre Aufsätze in erstklassigen Journals publizieren können. Das war die Aussage. Nehmen sie zum Beispiel das Problem der Arbeitslosigkeit: Sie können heute keinen Aufsatz über Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland in einer führenden Zeitschrift publizieren, wenn Sie keine tolle, neue, elegante Schätzmethode haben oder eine super elegante, neue Theorie. Aber irgendein Problem über Ostdeutschland können sie da nicht veröffentlichen.

Auch ich glaube, dass Kommunikation mit der Öffentlichkeit außerordentlich wichtig ist; ich bin hier mit Herrn Barbier und Herrn Donges sehr einverstanden. Als Ökonom sollte man allerdings nicht nur die Angebots- sondern auch die Nachfrageseite ansehen. Wir sollten uns fragen: Warum interessieren sich die Leute nicht für die Informationen, die vom Sachverständigenrat ausgehen? Wir sollten also die Nachfrage erhöhen. Und hier meine ich, dass, wenn die Bürger vermehrt über wirtschaftliche Probleme mitentscheiden könnten, sie auch eine erhöhte Informationsnachfrage ausüben würden. Vielleicht sind Wahlen alle vier Jahre nicht genügend. Wettbewerbsföderalismus würde sicher die Nachfrage erhöhen, wenn eben die kleineren Einheiten entscheiden könnten, oder, noch wirksamer, wenn es direkte Volksabstimmung gäbe.

Abschließend noch eine kurze Bemerkung: Wenn ich richtig gezählt habe, hat der Sachverständigenrat bisher 33 Mitglieder gehabt. Frau Horn hat die Frage gestellt: Könnte man nicht auch Ausländer zu Mitgliedern berufen? Ich sehe da überhaupt kein Problem. Ich würde sogar so weit gehen, auch Frauen zuzulassen.

Dr. Horn:

Das ist zu viel der Ehre, Herr Professor Frey. Als nächstes Herr Piper. Hoffentlich gegen die Medienschelte.

Herr Piper:

Was die Medien betrifft: Ich stimme Herrn Barbier in allem zu, was er über die Qualitätszeitungen gesagt hat. Um so mehr möchte ich Herrn Hellwig widersprechen. Zeitungen sind nicht gemeinwohlorientierte, staatliche Institutionen, sondern Wirtschaftsunternehmen, sie haben Kunden, Anzeigenkunden und Leser, und sie müssen sich an deren Interessen orientieren. Wenn sich fünf hochmögende Ökonomen aus dem SVR zusammensetzen und sagen ein Wachstum von 2,0 Prozent für das nächste Jahr voraus, dann ist das doch eine Schlagzeile. Es gibt Unternehmen, die warten mit ihren Planungen so lange, bis der Sachverständigenrat Zahlen veröffentlicht hat. Und dieses Interesse bedient die Zeitung völlig zu Recht mit ihrer Schlagzeile. Und dann hat das Ganze noch eine sportliche Komponente. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, wird der Sachverständigenrat immer an einem Freitagabend spät fertig und legt das Gutachten an einem Mittwoch vor. Natürlich versuchen die Journalisten vorher an die Zahlen zu kommen und das verleiht ihnen einen weiteren Aufmerksamkeitswert. Diese sportlichen Elemente sollten Sie uns zugestehen, das gehört einfach dazu.

Und mein dritter Punkt: Die Lage ist ja auch nicht so schlimm, wie Sie es darstellen. Die 20 Punkte für mehr Beschäftigung aus dem letzten Gutachten sind doch wunderbar kommuniziert worden, zum Beispiel in den Qualitätszeitungen, die hier schon genannt wurden. Wer wollte, der konnte das lesen. Mit anderen Worten: Die Medien sind viel besser, als Sie denken.

Dr. Horn:

Ich bin beruhigt. Es geht weiter. Herr Picker.

Professor Picker:

Ich hatte einige Male das Vergnügen, mit dem Sachverständigenrat zu diskutieren. Deshalb erlaube ich mir eine kleine Anregung, wie Sie sie, Herr Wiegand, ja heute auch eingefordert haben; eine Anregung allerdings, das will ich gleich dazu sagen, „pro domo“, für die Juristen, meinen Berufsstand: Wir haben heute das pathologische Lernen thematisiert, und in der Tat drängt es sich ja auf, dass der Sachverständigenrat so etwas ist wie ein Arzt, zu dem die Patienten pilgern. Der Unterschied ist nur der: Bei einem richtigen Arzt folgen die Patienten dann dem, was ihnen geraten wird. Hier ist das offenbar anders, jedenfalls doch häufig noch anders. Das kann man nun vielleicht dadurch verbessern, dass man mehr Öffentlichkeitsarbeit betreibt oder dergleichen mehr, das will ich gar nicht bestreiten. Ein Krimi wird ihr Jahresgutachten nie, und es soll ja auch im Rahmen des Fachlichen bleiben. Eines aber sollte vielleicht mehr als bisher überlegt werden: Die gesamte ökonomische Weisheit, die fließt nun einmal als Strom in einer normativen Einbettung dahin. Alles, was sie entwickeln, ist letztlich irgendwie rechtlich verfasst durchzuführen. Wir Juristen kennen nun seit langem den Spruch: „Ein Wort des Gesetzgebers macht ganze Bibliotheken zur Makulatur.“ Der Spruch gilt jedoch in viel breiterem Sinne: Vielleicht ist es bei den Ökonomen noch nicht hinreichend klar geworden, dass ein Urteil eines unserer höchsten Gerichte ganze Jahresgutachten selbst von 5 Weisen obsolet machen kann. Nehmen Sie nur die Tarifautonomie: Bleibt diese die „heilige Kuh“, die sie derzeit in Karlsruhe ist, bleibt sie also in dieser Unantastbarkeit und damit auch Starrheit erhalten, so wird sich manchen vernünftigen Appellen in den Gutachten zum Trotz auch in Zukunft nichts ändern. Da scheint es doch ratsam zu sein, zu überlegen, ob ihre ökonomische Arbeit nicht etwas mehr begleitet werden sollte von einer „Einlagerung“ in ihren normativen Rahmen, und das in doppelter Weise: Nicht nur so, dass sie sich nun sklavisch nach diesem normativen Rahmen richten sollten, sondern auch umgekehrt so, dass dieser normative Rahmen gerade durch ihre Erkenntnisse anders und damit stärker zukunftsstrahlig gestaltet wird, dass also ein Wechselspiel stattfindet, so dass wir eben nicht länger das Ergebnis haben: „Alle ökonomische Vernunft rennt gegen die Wand irgendwelcher gerichtlicher Entscheidungen“. Wenn sie sich klar machen, dass heute – und das ist jetzt ein vielfach belegbares Faktum – ganze Gesetzesvorhaben von vornherein gar nicht mehr durchgeführt werden aus Sorge vor dem Richterspruch aus Karlsruhe und vor Artikel 9 Absatz 3, der Koalitionsfreiheit des Grundgesetzes, dann wird, glaube ich, deutlich, wie wenig Aussicht ökonomischer Sachverstand hat, wenn diese Grundbedingung nicht geändert wird. Mein Vorschlag also, die normative Einbettung aller ökonomischen Vorschläge und Programme vielleicht doch mehr zu berücksichtigen als bisher.

Dr. Horn:

Gleich dazu ein Kommentar von Herrn Donges und dann von Herrn Franz.

Professor Donges:

Wir haben einmal in einem Jahresgutachten dieses Problem versucht zu traktieren, indem wir darauf gedrängt haben, dass im Studium der Rechtswissenschaften auch die Ökonomie etwas eingebunden wird. Was wir nämlich beklagen ist, dass Juristen, und das geht

hoch bis zum Bundesverfassungsgericht, nicht in ökonomischen Kategorien denken. Man denke an das berühmte Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom April 1999 zum Günstigkeitsprinzip nach § 4 Absatz 3 Tarifvertragsgesetz; „Äpfel und Birnen“, sprich Lohnhöhe und Arbeitsplatzsicherheit, darf man nach der ständigen Rechtsprechung nicht miteinander vergleichen, etwas, was Ökonomen dauernd tun, wenn sie Preise und Mengen zu einander in Beziehung setzen. Aber ich stimme Herrn Picker zu, dass es gerade angesichts der großen Herausforderungen am Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund der von verfassungswegen geschützten Tarifautonomie eines ernsthaften Versuches wert wäre, die Interaktion zwischen juristischem und ökonomischem Sachverstand voranzubringen. Übrigens könnte Herr Schürgers vom BMW hier wertvolle Hilfe leisten, indem beim wissenschaftlichen Stab des Sachverständigenrates eine zusätzliche Stelle für einen juristisch ausgebildeten Mitarbeiter eingerichtet wird.

Professor Franz:

Ich möchte noch einmal auf einen Punkt zu sprechen kommen, den Herr Hellwig vorhin schon angesprochen hat. Ich habe sehr aufmerksam zugehört und mitgeschrieben, was wir so machen sollen, zusätzlich zum Jahresgutachten, das wir erstellen. Herr Siebert hat heute morgen bereits gesagt, dass allein die Erstellung des Jahresgutachtens rund ein Vierteljahr beansprucht. Daneben soll der Sachverständigenrat den Anregungen folgend vermehrt Auftritte in der Öffentlichkeit veranstalten, wie etwa die Ein-Tages-Konferenz zum Niedriglohnbereich bei der Deutschen Bundesbank. Außerdem sollen wir öfters Sondergutachten vorlegen, diese hat man auch nicht an einem Nachmittag erstellt. Sodann sollen wir regelmäßig ein Newsletter veröffentlichen, des Weiteren die Internet-Präsenz ausweiten und schließlich und selbstverständlich in den renommierten Zeitungen Gastkommentare schreiben, möglichst auf der dritten Seite im Wirtschaftsteil der Samstags-Ausgabe der FAZ, was auch mehrere Tage beansprucht. Dann sollen noch Pressegespräche anlässlich der Vorstellung der Gutachten hinzukommen. Dies wird zusätzlich von uns verlangt. Aber denken sie bitte daran, dass alle Ratsmitglieder entweder einen Lehrstuhl haben, also Vorlesungen halten müssen – und es gibt da keinerlei Deputatreduktion, dass man weniger Vorlesungen halten müsste – und es gibt sogar Ratsmitglieder, die ein Institut leiten. Das heißt: Wann sollen wir das alles machen? Wenn man diese sehr guten Vorschläge ernst nimmt, dann muss man einen Schritt weitergehen und daraus einen Full-Time-Job machen. Die Ratsmitglieder müssten sich dann für eine gewisse Zeit von ihren Lehrstuhlverpflichtungen beurlauben lassen. Man kann darüber streiten, ob das für drei, vier oder fünf Jahre sein müsste. Die Bundesregierung übernimmt dann direkt das Salär, und die Tätigkeit im Sachverständigenrat ist dann eine Hauptaufgabe. Aber so zu tun, als ob die Ratsmitglieder das alles noch so nebenher machen können, das halte ich für eine Illusion.

Dr. Horn:

Ich bin sehr dankbar, Herr Professor Franz, dass sie sozusagen die Klage von Herrn Hellwig zum Eingangsstatement von Herrn Frey zurückgeführt haben – genau das hatte er nämlich, wenn ich mich recht entsinne, schon vorgeschlagen. Diese Einschätzung mag die einzig

Rationale in einer solchen Situation sein. Ich denke, darüber sollte man noch einmal nachdenken. Ich habe auf meiner Liste noch Herrn Nowotny. Bitte schön!

Professor Nowotny:

Zwei Aspekte: Die Berücksichtigung des institutionellen Rahmens wirtschaftspolitischer Empfehlungen halte ich für einen sehr wichtigen Punkt. Es gibt auch die „umgekehrte“ Frage der Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Sachverhalte etwa in richterlichen Entscheidungen, sei es auf nationaler Ebene oder auf der Ebene des Europäischen Gerichtshofes. Hier besteht unter Umständen die Gefahr, dass ökonomische Fragen aufgrund eigener Vorstellungen von den Richtern in einer Weise „mitbehandelt“ werden, die nicht dem aktuellen Stand der Wirtschaftswissenschaften entspricht. Ich bin daher auch nicht ganz sicher, ob die Idee, Juristen als „Schmalspur-Volkswirte“ auszubilden, wirklich der richtige Ansatz ist, sondern ich glaube, wichtig ist, einen institutionellen Dialog zwischen Ökonomie und juristischen Positionen zu entwickeln. Das gibt es zum Teil auch schon in Deutschland, aber viel stärker in den Vereinigten Staaten: Gemeinsame Hochschulinstitute, sowohl im Anti-Trust-Bereich als auch im Steuerbereich, wo diese in der Forschung schon zusammenarbeiten.

Wenn ich noch eine kurze Anmerkung machen darf zur Diskussion über Publizistik und publizistische Verwertung. Ein Punkt, der mir als Wissenschaftler aufgefallen ist: Die Diskussion, wie sie hier und auch bei vielen anderen Gelegenheiten geführt wird, geht vielfach davon aus, es gibt eben eine einzige „wahre“ und „richtige“ wissenschaftliche Position und die müsse nun von den Medien möglichst klar und wirkungsvoll verkündet werden. Ich verstehe den Bedarf der Öffentlichkeit nach eindeutigen Aussagen – aber es gibt natürlich in der Wissenschaft auch den Wert der Vielfalt, und eigentlich habe ich das Gefühl, wenn wir irgendwo ein Manko haben im deutschen Sprachraum, ist es vielleicht eher die zu geringe Vielfalt in der öffentlichen Meinung. Zu meinen großen intellektuellen Erlebnissen gehört die Zeit, als in „Newsweek“ abwechselnd im wöchentlichen Turnus Paul Samuelson und Milton Friedman geschrieben haben. Es war wirklich spannend, dies zu verfolgen und es wäre uninteressant gewesen, immer nur Milton Friedman zu lesen, so amüsant er auch ist. Es gibt dagegen so etwas wie eine deutsche Angst vor der Vielfalt: Man möchte klare Linien haben, das ist die Wahrheit und der haben jetzt alle zu folgen und zwar möglichst vom Sachverständigenrat bis zur Presse. Damit wird auch das Leben der Politik klarer, und dann weiß sie, was sie machen muss.

Ich bin mir dagegen nicht ganz sicher, ob das wirklich die Rolle ist, die wir als Wissenschaftler gerne hätten. Auch in der gegenwärtigen Situation ist eigentlich gerade in der deutschen öffentlichen Diskussion die Meinung der Presse ziemlich einheitlich und klar und eigentlich transportiert sie auch die Meinung des Sachverständigenrates sehr deutlich. Was mir intellektuell eher abgeht, ist die Vielfalt des Dialogs und der Meinungen, weil das ist das Spannende. Dazu kommen die notwendigen, mir sehr wohl bekannten, Beschränkungen, die sich aus der Mitarbeit in Gremien, Sachverständigenräten etc. ergeben. Natürlich ist es wichtig, dass man sich in diesen Gremien zusammenrauft zu einer gemeinsamen Meinung, zu der man auch stehen muss. Aber eigentlich, das intellektuelle Vergnügen ist es, seine eigene Meinung zu vertreten, ohne irgend jemanden fragen zu müssen oder sich mit irgend jemanden abstimmen zu müssen. Und diesen zweiten Teil des intellektuellen Vergnügens, das finde ich,

sollten Wissenschaftler von Zeit zu Zeit nutzen. Dafür sollte es auch eine publizistische Ebene geben.

Professor Donges:

Das gibt es ja im Sachverständigenrat. Nach dem Gesetz ist die Möglichkeit der abweichenden Meinung ausdrücklich vorgesehen. Ich teile ganz Ihre Auffassung, Herr Nowotny, davon Gebrauch zu machen. Dies kann auch meinungsbildend wirken. Nur eben nicht Minderheitsvoten aus Prinzip oder weil der betreffende Ratgebende sich einer bestimmten Interessengruppe verpflichtet fühlt; das ist nicht hilfreich.

Dr. Horn:

Die Zeit ist knapp. Wir nähern uns dem Ende der Veranstaltung und insofern muss ich jetzt leider auch die Rednerliste abschließen. Ich habe noch Herrn Heise und Graf Lambsdorff darauf und dabei müssen wir es leider erst einmal bewenden lassen. Herr Heise bitte.

Professor Heise:

Ich wollte als ehemaliges Stabsmitglied gerne noch zwei Anregungen loswerden. Die erste bezieht sich auf die Diskussion über die Durchschlagskraft der Ratsgutachten, die heute schon geführt wurde. Es sind viele Beispiele für erfolgreiche Beratung genannt worden, aber es ist auch darauf hingewiesen worden, wie viele Vorschläge des Rates nicht aufgegriffen und nicht umgesetzt worden sind. Vom pathologischen Lernen war die Rede, und tatsächlich gibt es dafür sehr, sehr viele bestechende Beispiele: Angefangen beim Thema kapitalgedeckte Rentenversicherung, an dem ich in den achtziger Jahren beim Rat mitgearbeitet habe, das aber schon Jahre zuvor in den Gutachten behandelt wurde, oder beim Thema Pflegeversicherung, wo wir in Deutschland noch auf der Lernkurve sind und die bislang in Form einer privaten Pflegeversicherung nicht eingeführt wurde; zu denken ist auch an die ewigen Appelle zur strukturellen Konsolidierung des öffentlichen Haushalts – einerseits quantitativ, andererseits qualitativ – die gerade in guten Zeiten nicht befolgt wurden. Es gibt noch mehr Beispiele. Meine Anregung wäre: Ob das nicht zu einem Kapitel im Gutachten „Stoff“ hergäbe? Die volkswirtschaftlichen Kosten des pathologischen Lernens einmal zu untersuchen, auch im Sinne eines geringen Handlungsspielraums, den wir heute haben. Gerade das ist uns teuer zu stehen gekommen.

Mein zweiter Punkt bezieht sich auf die Frage: Wie kann man der Stimme des Rates in der öffentlichen Diskussion zu mehr Geltung verhelfen? Die Situation, wie wir sie derzeit haben, ist aus meiner Sicht bemerkenswert und sehr unbefriedigend. Bei Themen wie Rentenversicherung, Gesundheitsreform, Arbeitsmarktreform wird die Diskussion in Deutschland seit einiger Zeit durch Interessensparteien dominiert. Daher, glaube ich, muss dem Rat zu mehr Gewicht in dieser öffentlichen Diskussion verholfen werden, und ein Ansatz, wie das vielleicht zu schaffen ist, ist heute schon angesprochen worden, indem man von den Jahresgutachten abgeht und vielleicht zwei, drei oder vier themenbezogene Gutachten pro Jahr erstellt, um so mehr in die aktuellen Themen der wirtschaftspolitischen Diskussion einzugreifen. Das steht

zwar alles im Ratsgutachten drin, aber vieles geht in der öffentlichen Wahrnehmung dort leider unter. Unter dem Gesichtspunkt der Kommunikation wären mehrere Gutachten meines Erachtens sehr hilfreich. Der Vorschlag setzte allerdings voraus, dass die Ratsmitglieder für ihre Amtszeit anderer Pflichten enthoben würden, eine Art „Berufssachverständigenrat“.

Dr. Horn:

Jetzt, sozusagen das Schlusswort, Graf Lambsdorff bitte.

Graf Lambsdorff:

Wollen Sie tatsächlich eine Beurlaubung und einen Berufssachverständigenrat haben? Wer macht das eigentlich von Ihnen denn? Wer ist dazu bereit? Wer bezahlt das? Und wie ist das dann mit Ihrer Unabhängigkeit? Ich halte diesen Weg für nicht gut. Ich halte ihn für falsch.

Zweitens, was die Publizistik und das bessere Kommunizieren mit der Öffentlichkeit angeht: Also, so schlimm ist das auch nicht. Ich habe mein Leben lang eine ganze Menge auf dem Gebiet gemacht und habe trotzdem noch andere Arbeiten erledigt. Das hat mich nicht voll aufgefressen. Das kann man schon. Hier ist ja schon gesprochen worden, von der FAZ, von der Süddeutschen. Na ja gut, ich schreibe in der Welt, das möchte ich auch einmal erwähnen. Und im Übrigen, den Überschriften-Redakteuren sind sie immer ausgeliefert. Da können sie über ihre Beiträge schreiben, was sie wollen. Sie bekommen diese mit einer anderen Überschrift in der Zeitung wieder. Wahrscheinlich geht das sogar den professionellen Journalisten so. Herrn Nowotny möchte ich nur sagen, Milton Friedman und Paul Samuelson, das war gut. Aber ich habe auch jede Woche die Wirtschaftswoche, wenn Wolfram Engels die letzte Seite schrieb, mit Vergnügen gelesen. Es kann auch einer. Es muss also nicht immer im Wechsel sein.

Letzte Bemerkung nur noch einmal: Der Vergleich, Herr Wiegand hat das auch zurecht gesagt, der Vergleich mit dem Council of Economic Advisers hinkt, und das sollten wir auch nicht haben. Der Council of Economic Advisers ist Teil des Economic-Team des Präsidenten. Und als sich dieses Team jetzt gegenüber dem Präsidenten als schwach erwies, hat er unter anderem den Vorsitzenden des Councils rausgeworfen und durch einen anderen ersetzt. Und ob es besser wird, weiß man nicht. Aber der CEA ist voll regierungseingebunden und ist Bestandteil dieser Administration, und das sehen Sie auch, wenn Sie die Reports lesen, die immer mit einem schönen Vorwort des Präsidenten verziert sind. Ich weiß nicht, ob Sie in Zukunft ein Vorwort des Bundeskanzlers in ihrem Bericht haben wollen – im Zweifel: Nein!

Dr. Horn:

Vielen Dank. Ich möchte jetzt keine Zusammenfassung wagen, aber irgendwie versuchen, noch ein paar Punkte zu bündeln, die in unserem Gespräch aufgetaucht sind und die Sie dann vielleicht mit nach Hause nehmen können.

Wir haben gemerkt, es gibt einige Ansatzpunkte für Verbesserungen und Ausweitungen. Man stößt allerdings schnell an natürliche Grenzen und, wie Graf Lambsdorff sagt, nicht alle

Ideen sind vielleicht auch so richtig überzeugend. Ich denke aber, man sollte das Thema der Darstellung nach außen festhalten. In einem bestimmten Rahmen lässt sich da mehr tun. Das Empfehlungsverbot haben wir heute morgen eigentlich fast abschließend behandelt – insofern, dass hier Konsens herrschte, dass sich der Sachverständigenrat in diesem Punkt ruhig der Gesetzesuntreue schuldig machen kann. Die Frage ist nur: Sollte man da stehen bleiben? Vielleicht kann man ja auch einmal eine Reform des Gesetzes anstoßen, damit das einmal geklärt ist. Ein dickes Fell brauchen wir, das ist ganz klar. Eine kontinuierlichere Information vielleicht, mehr europäische Perspektive und ein ständiges Eintreten in die Advokatenrolle, die Herr Hellwig angemahnt hat. Noch ein Punkt zu der Frage des Mitspracherechts von Gewerkschaften und der Wirtschaft bei der Nominierung der Ratsmitglieder. Da möchte ich Ihnen noch einen Gedanken mit auf den Weg geben: Ich habe von jemandem gehört, an den die Ratsmitgliedschaft herangetragen wurde, dass er es als Einschränkung seiner persönlichen Unabhängigkeit empfindet, auf einem solchen speziellen Ticket berufen zu werden. Das ist eine andere Frage als die, ob man dann, wenn man auf diese Art und Weise in den Rat kommt, tatsächlich unabhängig handeln kann oder nicht. Aber dass manche Menschen das Vehikel dieses Tickets als Einschränkung empfinden, verkleinert die Gruppe, für die diese Art von Job interessant ist. Und damit tut sich der Sachverständigenrat wohl kaum einen Gefallen. Da kann man vielleicht etwas ändern.

Ich danke Ihnen recht herzlich für das Mitdiskutieren und für die Aufmerksamkeit. Ich wünsche uns allen in dem, was wir tun, eine gute Hand – uns Medien möglichst viel Objektivität, und Ihnen weiterhin viele gute Gedanken und Erfolg.